

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Abgeordneten Mag. Heidemarie Sequenz (GRÜNE), Dipl.-Ing.in Huem Otero Garcia (GRÜNE), Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE), Georg Prack, BA (GRÜNE) und David Ellensohn (GRÜNE) zu Post Nr. 4 der Tagesordnung für den Landtag am 23.11.2023.

Stellplatzverpflichtung abschaffen

Mit der vorliegenden Novelle zur Bauordnung, dem Kleingartengesetz und dem Wiener Garagengesetz werden im Hinblick auf die Verpflichtung zur Stellplatzerrichtung strukturell weiterhin die falschen Anreize gesetzt:

- Die Stellplatzverpflichtung schafft autoorientierte Strukturen und fördert den motorisierten Individualverkehr überproportional.
- Die gesetzliche Stellplatzverpflichtung geht am realen Bedarf vorbei. So sind im vorliegenden Entwurf des Zonenplans nicht nur die Werte viel zu hoch, sie gehen auch nicht auf die Ausbaupläne der Wiener Linien ein. Der Ausbau der U5 Richtung Westen und Süden bleibt unberücksichtigt. Trotz zentraler Lage und guter Öffi-Anbindung sollen etwa im Stadterweiterungsgebiet Nordwestbahnhof mehr als doppelt so viele Parkplätze pro Quadratmeter als in Rothneusiedl errichtet werden.
- Die Stellplatzverpflichtung befördert eine Umverteilung von Kosten zulasten von Nicht-Autobesitzer:innen. Autobesitz ist sozial sehr ungleich verteilt. Je niedriger Einkommen und Vermögen, desto weniger Autos haben die Menschen. Doch die Kosten für die Errichtung und Erhaltung von Garagen und Parkplätzen verteuern das Leben aller. Mit bis zu 45.000 Euro schlägt ein Tiefgaragenplatz, dessen Kosten auf alle Mieter:innen abgewälzt werden müssen, einem Bauträger zu Buche. Viele Pflichtstellplätze bedeuten also teurere Wohnungen und höhere Mieten.
- Die Stellplatzverpflichtung trägt zu unattraktiven, "toten" Erdgeschoßzonen, etwa infolge von Dachgeschoßausbauten bei. Wird ein Haus ausgebaut, entsteht allzu oft im Erdgeschoß eine Garageneinfahrt anstatt eines

Geschäftslokals, welches das Grätzel belebt.

- Die Stellplatzverpflichtung widerspricht den Zielen der Stadt Wien. Schon heute gibt es in Wien im Durchschnitt für jedes Auto einen Garagenparkplatz. Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der PKW deutlich zu reduzieren. Das Festhalten am System der Stellplatzverpflichtung widerspricht diesem Ziel.

Andere Städte sind bereits weiter. So hat etwa Hamburg schon vor 10 Jahren unter einer SPD Alleinregierung die Stellplatzverpflichtung im Wohnbau abgeschafft. In gut erschlossenen Quartieren gibt es jetzt Obergrenzen, wie viele Parkplätze überhaupt noch errichtet werden dürfen. „Das wird die Baukosten senken. Dies schlägt sich auch auf die Mieten nieder“, so begründete Hamburg damals die Abschaffung. Das könnte auch Wien.

Weniger Parkplätze heißt weniger Beton und Asphalt, heißt weniger Baukosten und damit geringere Mieten, heißt mehr Chancengleichheit für klimafreundliche Mobilität, heißt weniger CO₂. Klimaschutz und leistbares Wohnen gehen somit Hand in Hand. Eine klimasoziale Maßnahme für die Zukunft der Stadt Wien.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich für die ersatzlose Abschaffung des Stellplatzregulativs aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 23.11.2023

